

# Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.

## Antragsheft 3

3. Landesparteitag  
DIE LINKE. Sachsen  
25. April 2009  
Galerie Flughafen Dresden Terminal  
Wilhelmine-Reichard-Ring 1  
01109 Dresden

Herausgeber:  
Landesgeschäftsführer  
der Partei DIE LINKE. Sachsen

## **I. Anträge an den 3. Landesparteitag**

### **Änderungsanträge zu A.1**

A.1.29. Külow	S.	3
A.1.30. LAG betrieb & gewerkschaft	S.	4 - 5
A.1.31. LAG Sozialistische Linke	S.	6
A.1.32. LAG Sozialistische Linke	S.	7
A.1.33. LAG Sozialistische Linke	S.	8
A.1.34. LAG Bildung	S.	9 -14
A.1.35. Linksjugend [solid], Bonk u.a.	S.	15
A.1.36. Karawanskij, Neuhaus	S.	16 -17
A.1.37. Werblow, Gaitsch	S.	18
A.1.38. Hartmann Scheel	S.	19
A.1.39. Haase, Klepsch u.a.	S.	20
A.1.40. Haase, Hartmann, Gebhardt	S.	21

## **II. Berichte**

Bericht des Landesrates	S.	22 -23
-------------------------	----	--------

## **III. Nachwahlen für Organe des Landesverbandes**

Bewerbung Jayne-Ann Igel	S.	24
--------------------------	----	----

## A. 1.29

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

Einreicher: MdL Volker Külow

---

Antrag:

Ergänzung im Abschnitt Kultur der folgenden Textpassage:

*„In Sachsen dominiert seit vielen Jahren ein staatlich verordneter Geschichtsrevisionismus in der offiziellen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die bundesweit einmalig ist. 2004 erfolgte wegen der notorischen Gleichsetzung der NS-Menscheitsverbrechen mit dem nach 1945 begangenen Unrecht der Austritt der NS-Opferverbände aus den Strukturen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Wir werden uns wie bisher auch künftig für eine Novellierung des Gedenkstättengesetzes engagieren, um die Mitwirkung der NS-Opferverbände wieder zu ermöglichen.“*

---

#### Begründung:

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

### A.1.30

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Gute Arbeit – besser wirtschaften“)

EinreicherInnen: LAG Betrieb & Gewerkschaft, MdL Karl-Friedrich Zais

---

1. Antrag A.1.30:

#### Zeile 120-123

Streichen: „Teilverstaatlichung“

Streichen: „oder die Unterstützung von Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmenskapital“

Einfügen nach „Unternehmen“: **„durch die Gewährleistung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten“**

Neu heisst der Satz:

Durch Beteiligung der öffentlichen Hand kann die Politik auf Unternehmen durch die Gewährleistung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten wieder Einfluss gewinnen und dafür sorgen, dass ihre Wirtschaftstätigkeit dem Allgemeinwohl zu Gute kommt.

---

**Begründung:** erfolgt mündlich

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

2. Antrag A.1.30:

Zeile 136

nach „zusammengeführt werden.“

Einfügen:

**„Nehmen Unternehmen öffentlich finanzierte Wirtschaftsförderung oder garantierte Kapitalhilfen in Anspruch, dann dürfen im Interesse des Gemeinwohls nicht nur betriebswirtschaftliche Kriterien und Kalküle die Unternehmensentwicklung bestimmen. Auf der Grundlage der betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist gesamtwirtschaftlichen, branchen- und regionalen Entwicklungsperspektiven ausreichend zu entsprechen.“**

**Wirtschaftsförderung im verarbeitenden Gewerbe ist künftig nur bei einer Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung durch Betriebsräte und eine paritätische Unternehmensmitbestimmung sinnvoll und gesellschaftlich verantwortbar. Wir wollen einen ersten Schritt zur demokratischen Gestaltung der Wirtschaft in Sachsen durch die Einrichtung eines „Sächsischen Landesrat für nachhaltige Wirtschaft“. Dieser Landesrat soll sich zu je einem Drittel aus Vertretern der öffentlichen Hand, der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften zusammensetzen. Aufgaben des Landesrates sollen unter anderem die Festlegungen der Grundlinien in der regionalen und sektoralen Wirtschaftsförderung, die Verabschiedung der Richtlinien für die Wirtschafts- und Technologieförderung und die Festlegung der Schwerpunkte einer nachhaltigen Arbeitspolitik des Landes sein. Dem Rat soll die Steuerung des „Sächsischen Beteiligungsfonds nachhaltige Wirtschaft“ unterstehen. Das neu gegründete „Institut für Innovation und Arbeit“ könnte dann die wichtige Funktion der Forschungs- und Stabsstelle des Landesbeirates werden.“**

---

**Begründung:** erfolgt mündlich

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

3. Antrag A. 1.30:

Zeile 184-187

Streichen:

„Auf den Mittelstand zu setzen.... haben sich als krisenfester erwiesen“

---

**Begründung:** erfolgt mündlich

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

### A.1.31

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Präambel)

EinreicherInnen: Landesweiter Zusammenschluss Sozialistische Linke Sachsen

---

### 1. Beschlussantrag zu A.1.31

In Zeile 64 anschließen:

**„Als Partei der sozialen Alternative verpflichten wir uns, keine Kürzungen im Sozialetat des Landeshaushalts vorzunehmen und keine Verschlechterungen der Standards im Bereich der ArbeitnehmerInnenrechte zuzulassen. Vielmehr werden wir uns für deren Ausbau einsetzen.“**

---

### Begründung:

Wir möchten für und mit den Menschen einen Politikwechsel schaffen. Als sozialistische Partei stehen wir besonders an der Seite der abhängig Beschäftigten und der sozial Schwachen. Nimmt DIE LINKE im Falle einer Regierungsbeteiligung Kürzungen bei Menschen mit niedrigen Einkommen vor, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit und überlassen den Rechten das Feld.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

### A.1.32

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel 1.4. „Umkehr in der Lohnpolitik“)

EinreicherInnen: Landesweiter Zusammenschluss Sozialistische Linke

---

### 1. Beschlussantrag zu A.1.32

Zeile 167 ersetzen:

„Deswegen streitet DIE LINKE im Bund für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn“  
durch:

**„Deshalb streitet DIE LINKE in Bund und Ländern für einen gesetzlichen Mindestlohn.“**

Zeilen 168 und 169 ersetzen:

„Doch auch Sachsen hat die Möglichkeit ...“

durch:

**„Denn auch Sachsen hat die Möglichkeit, eine Umkehr in der Lohnpolitik zu befördern“**

---

### Begründung:

In Sachsen ist jeder Vierte von Niedriglöhnen betroffen. Über 100.000 Menschen müssen ihre Arbeit mit Nebenverdiensten aufstocken, damit es zum Leben reicht. Einen traurigen Rekord halten z.B. Friseurinnen und Friseure. Sie verdienen in der untersten Lohngruppe 3,06 Euro pro Stunde. Das entspricht einem Monatsverdienst von knapp 490 Euro und liegt weit unter der statistischen Armutsgefährdungsgrenze für Deutschland von 781 Euro pro Monat. Ein Mindestlohn bekämpft Armut und garantiert menschenwürdige Arbeitsplätze.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

### A.1.33

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel 1.2. „Ein Schutzschirm für die Menschen“)

EinreicherInnen: Landesweiter Zusammenschluss Sozialistische Linke

---

Beschlussantrag zu A.1.33

Zeilen 119-123

*„Gleichzeitig müssen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Durch Teilverstaatlichung, Beteiligungen der öffentlichen Hand oder die Unterstützung von Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmenskapital kann die Politik wieder Einfluss auf Unternehmen gewinnen und dafür sorgen, dass ihre Wirtschaftstätigkeit dem Allgemeinwohl zu Gute kommt.“*

Ersetzen durch:

**„Durch staatliche Hilfen oder die Übernahme von gefährdeten Unternehmen durch die öffentliche Hand mit demokratischer Kontrolle durch die Belegschaften kann die Schließung von Betrieben und der Verlust von Arbeitsplätzen verhindert werden. Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht für Unternehmensverluste haftbar gemacht werden. Deshalb lehnt DIE LINKE die Kopplung der Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmensverluste ab.“**

---

### **Begründung:**

Die Art der Mitarbeiterbeteiligung ist nicht klar definiert. Während in Reihen der CDU Vorstellungen kursieren, die sogar Aktienbeteiligungen für Mitarbeiter vorschlagen, suchen wir nach Lösungen um Mitarbeiterinteressen in den Betrieben zu stärken. Verluste dürfen nicht sozialisiert werden.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	



### A. 1.34

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: **Landesweiter Zusammenschluss Bildung**

---

1. Antrag zu A. 1.34

Zeile 685/686

nach „...kulturellem Austausch ein.“

einfügen:

***„Bildungsangebote müssen ein freies, selbstbestimmtes Lernen und individuelle Bildungsbiografien ermöglichen.“***

---

### **Begründung:**

In dem Abschnitt wird sehr stark auf den Zugang zu Bildung eingegangen. Nicht jedoch wird thematisiert, welche Hürden innerhalb der Bildungsangebote existieren. Gerade die Unterwerfung von Bildung unter Verwertungsinteressen der Wirtschaft in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass ein immer stärkerer Normierungszwang, also der Zwang zu Normbiografien, Unterwerfung unter autoritäre Bildungs- und Prüfungsstrukturen, herrscht, der individuelle Bildungsbiografien keinen Raum mehr lässt. Die Persönlichkeitsentfaltung ist nur noch in engen Grenzen möglich. Daher ist es notwendig, auch auf emanzipatorische Bildungsstrukturen hinzuwirken.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

2. Antrag zu A. 1.34

Zeile 685/686

Einfügen:

***„Erwachsenenbildungsbereich“***

Der Satz lautet dann wie folgt:

"Reformen im vorschulischen, schulischen, Hochschul- und Erwachsenenbildungsbereich müssen miteinander vernetzt werden."

**Begründung:**

Aus dem gesamtheitlichen Bildungsansatz ergibt sich logisch, dass sich die Vernetzung der Bildungsreformen nicht auf den schulischen und Hochschulbereich beschränkt werden darf.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

3. Antrag zu A.1.34

Zeile 693/694

Ersetzen „Statt eines Feigenblattes eines kostenfreien Vorschuljahres.“

durch:

***„Über das Feigenblatt des kostenfreien Vorschuljahres hinaus.“***

---

**Begründung:**

Um der Gefahr zu entgehen, den Eindruck zu erwecken, als würden wir das kostenfreie Vorschuljahr abschaffen wollen (bzw. nicht für einen ersten guten Schritt betrachten) und an die Stelle dessen den Rechtsanspruch auf Betreuung etc. setzen wollten, würden wir eine etwas neutralere Formulierung vorziehen, die zeigt, dass unsere Forderungen mit der schrittweisen Gebührenfreiheit aller Kita Plätze etc. darüber hinaus gehen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

4. Antrag zu A.1.34

Zeile 782/783

Einfügen in

„... deshalb müssen aus unserer Sicht alle Lernmittel wirklich kostenfrei sein..“:  
**„wie z.B. Arbeitshefte und Taschenrechner“.**

Der Teilsatz und der anschließende Satz lautet dann.

„... deshalb müssen aus unserer Sicht alle Lernmittel wie z.B. Arbeitshefte und Taschenrechner wirklich kostenfrei sein. Familien dürfen nicht mit Zusatzausgaben belastet werden.“

---

**Begründung:**

Da die Staatsregierung der Auffassung ist, dass die verfassungsgemäße Lernmittelfreiheit sich lediglich auf die kostenfreie Bereitstellung von Schulbüchern bezieht, hat es Sinn, an dieser Stelle mittels zweier geläufiger Beispiele deutlich zu machen, dass sich unsere Vorstellungen vom Grundsatz der Lernmittelfreiheit auf den tatsächlichen Bedarf und auf wirklich alle Lernmittel beziehen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

5. Antrag zu A.1.34

Zeile 812

Einfügen: **„staatlich organisierte“**

In Zeile 813/814

Streichen: **„in Unternehmen“**

Die beiden Sätze ab Zeile 810 wie folgt lauten:

„Berufswahl und Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn ihnen bereits zu Schulzeiten eine differenzierte staatlich organisierte Berufs- und Studienberatung vorangeht. Wir wollen diese zum Beispiel durch eine gezielte Berufsorientierung ab Klasse 7 und durch Praxistage stärken.“

---

**Begründung:**

Gerade im Berufsberatungs- und Berufsorientierungsbereich hat sich in letzter Zeit ein Wildwuchs privatwirtschaftlicher und halböffentlicher Initiativen und Bildungsträger etabliert. Wir möchten hingegen deutlich machen, dass die Berufs- und Studienberatung eine öffentliche Aufgabe der Schulen ist, wobei organisatorische und inhaltliche Unterstützung durch die Schulträger und die Bildungsagentur zu leisten ist.

Die bisherige Formulierung Praxistage „in Unternehmen“, stellt unseres Erachtens einen zu einseitigen privatwirtschaftlichen Bezug her. Vielmehr sollte es doch darum gehen, Praxistage in allen relevanten Bereichen (einschließlich kommunaler Betriebe, Behörden und Verwaltungen, Hochschulen etc.) durchzuführen. Eine konkretisierende Aufzählung wäre allerdings Platzraubend, so dass statt dessen lieber auf die Spezifizierung „in Unternehmen“ verzichtet werden sollte.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

---

6. Antrag zu A.1.34

In Zeile 836

Streichen: „für Berufstätige“

---

**Begründung:**

Grundsätzlich wollen wir doch eine Erleichterung des Hochschulzuganges für alle Erwachsenen in Sachsen, also auch für evtl. arbeitslose oder teilberufsunfähige Menschen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

## 7. Antrag zu A.1.34

Zeile 832 f.:

Ersetzen: "Studieren muss kostenfrei bleiben.":

Durch:

"Studieren muss wieder gebührenfrei werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Benutzung von Hochschuleinrichtungen kostenfrei wird sowie Studiengebühren für Zweitstudium und weiterbildende Studienangebote abgeschafft werden. Auch an den Hochschulen treten wir für eine Lernmittelfreiheit ein."

---

### **Begründung:**

Die gegenwärtig im Wahlprogramm enthaltene Aussage ist schlicht falsch. Nach § 12 des neuen Sächsischen Hochschulgesetzes können Gebühren und Entgelte in einer Reihe von - gesetzlich nicht abschließend geregelten - Fällen erhoben werden. Bereits seit den 1990er Jahren ist es in Sachsen möglich, Zweitstudiengebühren zu erheben. Zudem ist das Studium längst nicht kostenfrei. In einigen Studiengängen müssen die Studierenden in nicht unerheblichem Umfang für Materialien zu Experimenten, für Schutzkleidung, für Reader etc. zahlen. DIE LINKE. Sachsen sollte sich sowohl für die Gebührenfreiheit von Studienangeboten, als auch die Übernahme von Kosten für Lernmittel einsetzen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

## 8. Antrag zu A.1.34

Zeile 873

Einfügen nach "...Arbeitsverträge ein.":

"Der akademische Mittelbau war in den letzten Jahren besonders stark vom Stellenabbau betroffen. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen und umzukehren."

---

### **Begründung:**

In den letzten Jahren hat an den Hochschulen des Landes in Folge einer vom Finanzministerium diktierten Hochschulvereinbarung ein Kahlschlag bei den Stellen stattgefunden. Dass an der Universität Leipzig gegenwärtig gegen den Personalmangel gekämpft wird, ist Ausdruck der katastrophalen Situation an den Hochschulen. Allein an der TU Dresden müssen bis zum nächsten Jahr noch 150 Stellen abgebaut werden. Einer solchen

Entwicklung kann und darf DIE LINKE. nicht tatenlos zusehen. Daher sollte eine entsprechende Forderung im Wahlprogramm erhoben werden

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

---

9. Antrag zu A.1.34

Zeilen 914 bis 916

Streichen: „Sportnoten wollen wir darum aus der Erstellung von Bildungsempfehlungen für weiterführende Schulen herauslösen. Für die Durchführung eines regelmäßigen und fachlich abgesicherten Schulsports treten wir für die Einstellung von ausreichend Lehrpersonal ein.“

---

**Begründung:**

Um Dopplungen und inhaltliche Widersprüche zu vermeiden, schlagen wir die Streichung der obigen Passage vor. Auf Seite 33 (Antragsheft) in den Zeilen 758 und 759 ist formuliert: „Insbesondere in musischen und künstlerischen Fächern sowie Sport wollen wir auf die Vergabe von Noten verzichten.“ Demzufolge steht die Formulierung von der Herauslösung der Sportnoten im Widerspruch zu dieser Aussage und ist verzichtbar. Ebenso wird im Abschnitt 3.5 bereits hinreichend ausführlich und allgemein gefordert, dass genügend qualifiziertes Lehrpersonal einzustellen ist. Eine spezifische Forderung für den Sportbereich erübrigt sich also, insbesondere unter dem Blickwinkel der Vermeidung weiterer Einzelforderungen (mehr Mathematik-, Geografie-, Musiklehrer etc.).

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

### A.1.35

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen:

Beauftragtenrat Linksjugend [solid] Sachsen, Julia Bonk (MdL, LAG Bildung), Margot Gaitzsch (LAG Bildung), Juliane Nagel (LAG Queer), Jens Matthis, Hannelore Muskulus (LAG Bildung), Dr. Dirk Wagner (LAG Bildung)

---

### 1. Beschlussantrag zu A.1.35

Nach Zeile 724  
einzufügen:

***"Die Schulkonferenz soll den/die SchulleiterIn wählen. Wir setzen uns für einen inneren demokratischen Aufbau der Schulen ein, vergleichbar dem Modell der selbstverwalteten Hochschulen."***

---

### Begründung:

Die gleichberechtigt aus SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zusammen gesetzte Schulkonferenz soll in ihren Entscheidungen als gemeinsames Organ das höchste Beschluss fassende Organ der Schule sein. Das ist sie formal auch nach bestehendem Recht.

Um ihren realen Stellenwert zu erhöhen und die Einsetzung der SchulleiterIn dem Gutdünken des Kultusministeriums zu entziehen, wollen wir diese Entscheidung der Schulkonferenz übertragen. Außerdem gestalten wir somit das im Schulgesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag vorgesehene Vorschlagsrecht der Schulkonferenz konkret aus und verleihen diesem die demokratische Legitimation. Damit soll auch eine Umdrehung der Top-Down-Hierarchie im Schulwesen erreicht werden. Dieser Punkt ist für uns im Sinne einer nachhaltigen Demokratisierung des Schulwesens unerlässlich.

Die Besetzung der SchulleiterIn ist für den schulischen Ablauf so prägend, dass die gesamte Schulgemeinschaft in diese Entscheidung einbezogen sein sollte. Die derzeitige Praxis des Kultusministeriums lässt die Interessen von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen oftmals unbeachtet.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

### A.1.36

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“

EinreicherInnen: Susanna Karawanskij, Luise Neuhaus, KV Nordwestsachsen

---

### 1. Beschlussantrag zu A.1.36

Ergänzung Zeile 572:

***„Wir wollen die Finanzierung von Frauenschutzhäusern in jedem Landkreis, Interventionsstellen und Täterberatungen sowie der Einrichtungen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Grenzprostitution sicherstellen.“***

---

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b> <input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

---

### 2. Beschlussantrag zu A.1.36

Ergänzung Zeile 610:

***„Ein kostenloses und ausreichendes Angebot von Deutschkursen und das auch für berufstätige Migrantinnen und Migranten geeignet ist, ist dafür unverzichtbar,..."***

---

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b> <input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	



3. Beschlussantrag zu A.1.36

Ersetzung Zeile 618/619:

**„Eine linke Familienpolitik eröffnet jedem Kind die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten...“**

statt

*„Eine linke Familienpolitik eröffnet jedem Kind die gleichen Chancen...“*

---

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

4. Beschlussantrag zu A.1.36

Ergänzung Zeile 759:

**„DIE LINKE tritt für die Verankerung antidiskriminierungspädagogischer Inhalte in den Lehrplänen aller Bildungsstufen ein. Auch in der Lehrerinnenausbildung müssen diese als integraler Bestandteil aufgenommen werden.“**

---

Begründung: erfolgt mündlich

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

### A.1.37

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Präambel)

EinreicherInnen: Hildburg Werblow, Jens Gaitzsch, Margot Gaitzsch

---

1. Antrag zu A.1.37

Ergänzung Zeile 41:

***„Als einzige größere konsequente Anti-Kriegs-Partei in Deutschland, wollen wir auch in Sachsen Zeichen setzen. Wir treten deshalb dafür ein, dass der nächste Ministerpräsident Sachsens Veranstaltungen zu militärischen Anlässen fern bleibt.“***

---

### Begründung:

Wir treten mit großen Ambitionen an und stellen einen eigenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Dieser hat neben der Regierungsfunktion auch eine Repräsentative. Es ist daher notwendig, dass wir einen klaren Strich ziehen, was wir nicht mitmachen würden. Da wir bundespolitisch eine konsequente Anti-Kriegs-Politik vertreten, bietet sich dieses Thema an, es auch im Landeswahlprogramm anzusprechen.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

### A. 1.38

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Präambel)

EinreicherInnen: Stefan Hartmann, Sebastian Scheel

---

1. Antrag zu A. 1.38

Ergänzung Zeile 19:

*„Die Einnahmen des Freistaates bestehen zu einem großen Teil aus Zuwendungen der reichen Bundesländer. Sachsen ist es in den letzten 20 Jahren nicht gelungen sich unabhängig von Zuwendungen anderer zu machen. In den nächsten Jahren werden die „Aufbau Ost“ Mittel Jahr für Jahr zurückgehen. Dass bedeutet, dass wir in Sachsen die nächsten zehn Jahre nutzen müssen um unser Land in die Lage zu versetzen, aus eigener Kraft allen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Leben in Menschenwürde zu ermöglichen.*

*Die bisherige Politik aber betreibt ein perspektivloses Sparen als Selbstzweck. Dabei verliert sie aus den Augen, dass es um den Abbau des strukturellen Einnahmedefizits gehen muss. Fakt ist, dass die Milliarden für Beamtenpensionen und für die Landesbankbürgschaft nicht zur Verfügung stehen, um Wirtschaft und Arbeit in Sachsen dauerhaft zu stärken. Sie fehlen sogar für nachhaltige Investitionen zum Erhalt der Substanz im Bildungssektor und zum Ausbau der Forschungs- und Unternehmenslandschaft . Die als "solide Haushaltspolitik" getarnte Konzeptionslosigkeit führt zu Verlusten „an Menschen, Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungsstandorten. Diese Form der passiven, defensiven Politik ist kurzsichtig und führt Sachsen in eine Sackgasse.“*

---

### Begründung:

Erfolgt mündlich

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

### A.1.39

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

EinreicherInnen: Heike Haase, Annekathrin Klepsch, Stefan Hartmann und Rico Gebhardt

---

1. Antrag zu A.1.39

Einfügen in Zeile 1320:

### **„5.3. Energiemix in Sachsen**

**„In Sachsen gibt es einen Energiemix aus der traditionellen Braunkohleverstromung einerseits und erneuerbarer Energie wie z.B. Windkraft, Biomasse, Solarwirtschaft und Geothermie andererseits. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien in den letzten Jahren deutlich stärker geworden ist.**

**Auf dem Weg zu einem modernen Energiemix müssen und werden die erneuerbaren Energien langfristig vorherrschend sein. Verbunden mit der Erschließung aller Effizienzsteigerungs- und Einsparpotenziale werden sie die künftige Stromversorgung sichern, schützen das Klima und schaffen zudem neue zukunftssichere Arbeitsplätze. Für diesen Vorrang der Erneuerbaren Energien bedarf es entsprechender landesrechtlicher Regelungen. Zudem sind Erneuerbare Energien aber nicht nur ein starkes Konjunkturprogramm, sondern garantieren durch ihre vorwiegend dezentrale Nutzung gleichfalls Bürgernähe, regionale Wertschöpfung und fordern kommunale Initiativen heraus.**

**Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu vollziehen, was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Unsere Braunkohle-Vorkommen sind endlich, ihre Erschließung zerstört gewaltige Teile unseres Landes.**

**Der Weg zum künftigen Energiemix muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Die grundlegenden Entscheidungen werden in der kommenden Legislaturperiode fallen. Notwendig ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise mit sächsischen Klimaschutzziele und der Bewahrung lebendiger Landschaften verbindet, die nachhaltige Innovationen fördert und den erforderlichen Strukturwandel, mit sozialer Verantwortung gestaltet. Es geht um eine neue zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten. Der Weg dorthin könnte einen sächsischen Energiedialog beschritten werden. „**

Die Nummerierung der nachfolgenden Kapitel verschiebt sich entsprechend (5.4. bis 5.6)

---

**Begründung:** Erfolgt mündlich

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.40

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

EinreicherInnen: Heike Haase, Stefan Hartmann und Rico Gebhardt

---

1. Antrag zu A.1.40

Streichen der Zeilen 1338/1339:

***„Im Bereich des Braunkohleabbaus wollen wir dafür sorgen, dass weder weitere Siedlungen abgebaggert werden noch neue Tagebaue aufgeschlossen.“***

---

#### Begründung:

Erfolgt mündlich

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

## Bericht des Landesrates

Liebe Genossinnen und Genossen,  
der Landesrat hat sich seit dem letzten Parteitag in Markneukirchen fünfmal zu seinen Sitzungen getroffen. Der Bericht seiner Tätigkeit ist deshalb nicht übermäßig lang. Die großen Aufgaben des Jahres liegen noch vor, aber einiges an Vorbereitung schon hinter uns.

### Inhaltliches

Unser Gremium hatte sich vorgenommen, die programmatische Arbeit der Partei zu begleiten und Diskussionen zu initiieren. Auf seiner ersten Sitzung nach dem Oktoberparteitag bildete der Landesrat eine Arbeitsgruppe, die sich intensiv mit den Wahlprogrammmentwürfen der verschiedenen Ebenen befassen sollte. So diskutierten wir, gemäß der Reihenfolge der Wahlen, die kommunalpolitischen Leitlinien und vor allem die Europawahlprogrammmentwürfe. Ein Ergebnis war ein Änderungsantrag an den Bundesparteitag in Essen, der dort diskutiert und, mit Änderungen, angenommen wurde. Zweimal hatten wir den Entwurf des Landeswahlprogramms auf der Tagesordnung, was umso naheliegender war, als einer der Autorinnen Mitglied unseres Gremiums ist.

Die Thesen „Der Herbst 89 in Sachsen“ haben zu intensiven Diskussionen in und außerhalb der Partei geführt. Der Landsrat hat das ebenfalls getan, und dafür Conny Ernst und Peter Porsch eingeladen. Wie für die ganze Partei gilt auch für uns: Wichtig ist, dass die Debatte begonnen wurde, dass sie notwendigerweise geführt wird und dass sie noch lange nicht zu Ende ist. Erste Erkenntnisse dürften aber schon gewonnen sein, etwa, dass Thesen keine Beschlüsse sind, dass Geschichte nicht beschlossen werden kann und dass der Titel einer Konferenz nicht den Veranstalter oder die Teilnehmenden bezeichnet.

Vor Jahren hat unsere Partei Beschlüsse gefasst, wie sie mit Ihrer Arbeit stärker in den öffentlichen Raum ausstrahlen kann, wie sie Angebote macht und sich als offen für Menschen, die mittun wollen, zeigt. Eine Möglichkeit ist die Entwicklung von Wahlkreisbüros zu Kommunikations-, Kultur- und Politikzentren, wo große Schaufenster Ausblicke und Einblicke zulassen und herausfordern. Seit vielen Jahren gibt es die Wahlkreisbüros linXXnet (Leipzig) und WirAG, (Dresden) seit einigen Jahren „Politikkontor“ (Zwickau) und Rothaus (Chemnitz), die moderne Konzepte offener Parteiarbeit und gesellschaftlicher Einflussnahme zu entwickeln und umzusetzen suchen. Wir haben Vertreter dieser Büros eingeladen, über ihre Tätigkeit zu berichten. Wieder zeigte sich, wie notwendig solche Anlaufstellen für Politik und politische Kultur sind und es der Partei gut zu Gesicht steht, solche Angebote zu erweitern.

Weiter inhaltliche Debatten führten wir zu den Themen Bürgerhaushalt, Mitgliedergewinnung und -Betreuung und Jugendarbeit.

An dieser Stelle sei den Referentinnen und Referenten gedankt, die unsere Arbeit und unsere Beschlüsse zu qualifizieren helfen, stellvertretend seien Dr. Michael Friedrich und Dominik Heilig (Berlin) genannt, wie z.B. auch den Mitgliedern der Sächsische Landesgruppe im Bundestag, die auf unserer Sitzung im November in ausführlichen Einzelberichten Auskunft über ihre parlamentarische Tätigkeit gaben

### Beschlüsse zum Wahljahr

Das Wahljahr 2009 verlangt von unserer Partei das Wirken nach außen, aber natürlich auch das Arbeiten nach innen, um für die Bundestags- und Landtagslisten die besten Leute aufzustellen. In diesen Prozess hat sich der Landesrat eingebracht.

Wir haben uns in einem ersten Schritt den Möglichkeiten der Aufstellung einer Landesliste genähert und herausgearbeitet, welche großen Herausforderungen sich die Partei gestellt hat, will sie ihre eigenen politischen Vorgaben einhalten.

Wir haben als Landesrat darauf gedrungen, die Zeitleiste für die Findung der Landtagsliste vom ersten Vorschlag des geschäftsführenden Vorstands bis zum gemeinsamen Vorschlag von Vorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand zu strecken, soweit es die Beschlüsse von Markneukirchen zuließen. Nun kann man sagen, ist eine vernünftige Lösung gefunden worden.

Was wir noch nicht geschafft haben.

Der Landesrat wurde energisch aufgefordert, sich mit Anträgen einer AG „Diskurs“ (Leipzig) zu befassen und über diese zu entscheiden, die als „V-Mannaffäre“ landläufig bekannte Ereignisse zum Thema hatten. Wir haben dieses Ansinnen mit guten Gründen abgelehnt. Ein wichtiges, noch unfertiges, Projekt war die Analyse der Situation in den neuen Landkreisen und die darauf fußende Vorbereitung der Kommunalwahlen. Anlass waren einzelne Berichte über Schwierigkeiten des Zusammenwachsens der neuen Strukturen. Dieses Projekt ist nicht fertig geworden, auch weil die ausgereichten Fragebögen, die Grundlage der Analyse sein sollten, nicht ausreichend und zeitnah zurückkamen. Es scheint notwendig, die Verteilung wie auch die Begründung des Anliegens der Aktion neu zu organisieren.

Mit solidarischen Grüßen  
Holger Weidauer

## Bewerbung als Mitglied für den Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen



# Jayne-Ann Igel

Jahrgang 1954,  
hauptberuflich Schriftstellerin.

Seit 2004 Mitglied der WASG und zeitweise im Vorstand des Regionalverbandes Dresden tätig, bin ich auch von Anfang an in der neuen Partei DIE LINKE dabei. Zur Zeit als Mitglied des Stadtvorstands in Dresden. Als Mitbegründerin des Vereins für Linke Bildung und Kultur in Sachsen e.V. und ehrenamtliche Redakteurin gestalte ich seit 2006 unsere Landeszeitung mit. Außerdem gehöre ich der LAG Kultur, dem Landesweiten Zusammenschluss Sozialistische Linke an und arbeite in der AG Stadtentwicklung des Stadtverbandes Dresden mit.

Meine Schwerpunkte sind politische Bildung, Zeitgeschichte, Medienarbeit und -kritik, und verschiedene Aspekte der Kommunalpolitik. In der Vergangenheit habe ich einige interessante politische Veranstaltungen konzipieren und mitorganisieren können, so z.B. mit Horst Afheldt und Mario Candeias. Ich hoffe, in Zukunft auch wieder mehr in dieser Hinsicht tun zu können.

Wichtig ist mir, gerade auch nach Gabi Engelhardts bedauerlichem Ausscheiden aus dem Landesvorstand, dafür zu werben und zu wirken, dass in der Partei nicht das Bewusstsein dafür verloren geht, sich als Teil einer weitergefassten linken und sozialkritischen Bewegung zu begreifen, die aus vielen Facetten besteht.

Wir werden kaum erfolgreich linke Politik machen können, sei es als Regierungspartei oder in der Opposition, wenn es uns nicht gelingt, auch außerhalb der Partei eine breitere Basis in der Gesellschaft zu finden, die unsere Vorstellungen mitzutragen bereit ist bzw. wenn wir nicht genügend Sensibilität für die Inhalte der sozialen Bewegungen entwickeln, ihre Forderungen aufnehmen und in die Parlamente tragen. Nur in einem solidarischen und zugleich kritischen Für- und Miteinander lassen sich wichtige gesellschaftliche Veränderungen erreichen. Schließlich war es eine Besonderheit der Quellpartei WASG, zumindest am Anfang, besonders stark in diesem Umfeld von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verwurzelt zu sein, da sie unmittelbar daraus hervorgegangen ist. Und wir sollten uns dieses Zusammenhangs für DIE LINKE auch in Zukunft versichern.